

### **Kleine Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob): Werden die Gegner des Ausländerstimmrechts von der Stadt als Rassisten verunglimpft und mit staatlichen Mitteln als Rassisten bekämpft?**

Die Bern führt vom 18. bis 24. März 2016 unter dem Motto: „I bi hie deheime“ eine Aktionswoche gegen Rassismus durch. Dabei wird in der Medienmitteilung der Stadt Bern vom 24.4.2016 u.a. der Fall der fiktiven Fernanda thematisiert.

„Staunen wir nicht darüber, dass Fernanda – obwohl hier aufgewachsen – nicht abstimmen und wählen darf?“ Ist es für uns in Ordnung, dass Mohamed am Eingang zum Club ohne Begründung abgewiesen wird? Empfinden wir diese Ungleichheiten als normal oder hinterfragen wir sie? Die 6. Aktionswoche der Stadt Bern gegen Rassismus beleuchtet die Mechanismen, wie Menschen zu „Fremden“ gemacht werden und spürt ihren rassistischen Hintergründen nach“.

Die Stimmbürger des Kantons Bern haben Bestimmungen, die eine Einführung des Stimmrechts auf Ebene des Kantons oder der Gemeinde vorsahen auch unlängst wieder abgelehnt. Dieser Entscheid gilt es u.E. auch in der Stadt Bern zu respektieren. Zudem befremdet es, wenn die Anti-Rassismus Kampagnen der Stadt suggerieren will, dass die Ausschliessung der Ausländer vom Stimm- und Wahlrecht ein Auswuchs rassistischen Gedankenguts sei. Damit wird eine Kampagne dazu missbraucht, Politik zu machen.

Der Gemeinderat wird in diesem Zusammenhang höflich aufgefordert die folgenden Fragen zu beantworten.

1. Ist die Ausschliessung der Ausländer vom Stimm- und Wahlrecht in der Schweiz, den Kantonen und den Gemeinden gemäss der Auffassung des Gemeinderates „rassistisch“? Wenn Ja, warum? Wenn Nein, warum nicht?
2. Müssen die Gegner des Ausländerstimmrechtes mit staatlichen Mitteln als Rassisten diffamiert und bekämpft werden? Wenn Ja, warum, wenn Nein, warum nicht? Was wäre die gesetzliche Grundlage für diese Aktion, die sich gegen ein gültiges Abstimmungsergebnis der Kantonsbürger richtet?
3. Gibt es noch andere Bereiche, in denen die Stadt Dritte unterstützt, obwohl diese politisch anders denkende ausschliessen und ausgrenzen?  
Wenn Ja, welche Institutionen? Was ist die rechtliche Grundlage dafür? Will der Gemeinderat dies in Zukunft ändern? Wenn Ja, warum? Wenn Nein, warum nicht?

Bern, 03. März 2016

*Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Roland Jakob*

*Mitunterzeichnende: Manfred Blaser, Hans Ulrich Gränicher, Roland Iseli*

#### **Antwort des Gemeinderats**

*Zu Frage 1:*

Nein. In der erwähnten Medienmitteilung zur Aktionswoche gegen Rassismus wird neben anderen Beispielen folgende Frage gestellt: „Staunen wir nicht darüber, dass Fernanda - obwohl hier aufgewachsen - nicht abstimmen und wählen darf? [...] Empfinden wir diese Ungleichheiten als normal oder hinterfragen wir sie?“ Mit der Frage wird also nicht die Ungleichheit per se, in diesem Fall die fehlende Möglichkeit zur politischen Mitsprache, als rassistisch bezeichnet. Die Fragen in der Medienmitteilung - und auch die ganze Aktionswoche - laden vielmehr dazu ein, gesellschaftliche Ungleichheiten zu hinterfragen und nicht als normal oder unveränderlich aufzufassen.

*Zu Frage 2:*

Nein. Mit der Aktionswoche werden weder Gegnerinnen und Gegner noch Befürworterinnen und Befürworter als „Rassisten“ bezeichnet. Es wird niemand bekämpft und niemand diffamiert. Die Aktionswoche mit ihren Veranstaltungen und der Begleitkampagne ist eine Anregung zur demokratischen Debatte über gesellschaftliche Prozesse. Hintergrund der Aktionswoche ist die Verpflichtung der Stadt Bern, sich als Mitglied der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus aktiv gegen Rassismus einzusetzen. Die Mitgliedschaft ist Resultat eines Stadtratsvorstosses. Weder die Medienmitteilung noch die Aktionswoche stellen das Abstimmungsergebnis über die Einführung des Ausländerstimm- und -wahlrechts auf kantonaler Ebene in Frage. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass sich die Stadtberner Stimmbürgerinnen und -bürger wiederholt für mehr politische Partizipation ihrer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ausgesprochen haben (zäme läbe, zäme stimme erhielt 51 % Ja-Stimmen, das Partizipationsreglement wurde mit 59.9 % Ja-Stimmen angenommen).

*Zu Frage 3:*

Dem Gemeinderat ist nicht klar, wer in der Frage mit „Dritte“ gemeint ist. Bei der Aktionswoche handelt es sich um ein städtisches Projekt, das für das Veranstaltungsprogramm mit Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenarbeitet. Die Aktionswoche schliesst niemanden aus, sondern lädt zur Debatte und Auseinandersetzung ein.

Bern, 30. März 2016

Der Gemeinderat